

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 201 - Ressort Soziales
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Marianne Krautmacher 563 2440 563 4897 marianne.krautmacher@stadt.wuppertal.de
	Datum:	10.08.2011
	Drucks.-Nr.:	VO/0537/11/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
20.09.2011	Integrationsausschuss	Entgegennahme o. B.
22.09.2011	Ausschuss für Soziales, Familie u. Gesundheit	Entgegennahme o. B.
07.12.2011	Gesundheits- und Pflegekonferenz	Entgegennahme o. B.
Pflegeangebote für Menschen mit Migrationshintergrund		

Grund der Vorlage

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen

Beschlussvorschlag

Die Beantwortung der Großen Anfrage wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

Die durch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gestellten Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund haben bereits eine Pflegestufe beantragt?

Im Antrag auf Leistungen der Pflegeversicherung wird nicht angegeben, ob beim Antragstellenden ein Migrationshintergrund vorhanden ist. Dementsprechend liegen dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen, der die Pflegebedürftigkeit aller Antragsteller begutachtet, keine Daten vor. Auch den einzelnen Pflegekassen liegen keine Angaben zum Migrationshintergrund vor, da dieses Kriterium nicht entscheidend für die Gewährung von Leistungen gem. SGB XI ist.

Stellvertretend für die verschiedenen Pflegekassen ermöglicht eine Auswertung einer der größten Wuppertaler Pflegekassen, der AOK Regionaldirektion Wuppertal die annäherungsweise Illustration der Größenordnung pflegebedürftiger Menschen mit Migrationshintergrund: 9% aller AOK-Versicherten mit Pflegestufe I, II und III haben keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Da die Versichertenstruktur der Pflegekassen unterschiedlich ist, kann eine Hochrechnung auf Basis des AOK-Wertes zumindest für Pflegebedürftige mit ausländischem Pass nicht erfolgen. Repräsentative Untersuchungen zum Anteil der Pflegebedürftigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund liegen nicht vor, so dass derzeit keine adäquate Grundlage für eine einigermaßen sichere Abschätzung der Anzahl Pflegebedürftiger mit Migrationshintergrund vorhanden ist.

2. Wie wird sich die Zahl dieser Personen in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich entwickeln?

Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund in den nächsten Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung ansteigen wird.

Allein die Zahl der Menschen ab 60 Jahren mit ausländischem Pass wird lt. Bevölkerungsprognose der Stadt Wuppertal aus dem Jahre 2007 von 2010 bis 2025 um 15%-Punkte zunehmen (Anstieg von 7.391 auf 8.519 Personen); bezogen auf die 80 Jährigen und älteren muss sogar von einem Anstieg um das 2 ½ fache ausgegangen werden (Anstieg von 406 auf 1.123 Personen).

Dementsprechend steht zu vermuten, dass sich die Anzahl der Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund in den nächsten 10 – 15 Jahren zumindest verdoppeln wird.

3. Wie sind die Alten- und Pflegeheime der Stadt Wuppertal – aber auch die der freien Träger - auf die Aufnahme von Menschen mit Migrationshintergrund, v. a. aus dem islamischen Kulturkreis, eingerichtet

Zur Beantwortung dieser Frage wurden nicht nur APH, sondern auch alle Träger von teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen in Wuppertal befragt. Von diesen antworteten gut 1/4 aller Einrichtungen (13 Einrichtungen).

a) in Bezug auf die Verringerung von Sprachproblemen?

APH: Derzeit gibt es deutlich mehr Mitarbeiter/innen als Bewohner/innen bei den APH, die einen Migrationshintergrund aus dem islamischen Kulturkreis haben. Daher gibt es keine Probleme immer Mitarbeiter/innen zur Verfügung zu haben, die sprachlich unterstützen können, teilweise auch wohnbereichsübergreifend. Das wird in jedem Haus organisiert ggf. auch mit Unterstützung des hauswirtschaftlichen Dienstes (hier gibt es noch mehr Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund).

Ergebnis der Umfrage unter den freien und privaten Trägern von Pflegeeinrichtungen: die Hälfte aller beteiligten Einrichtungen kann aufgrund der multikulturellen Mitarbeiterschaft mit besonderen sprachlichen und religiösen Anforderungen gut umgehen. Sollte dies nicht ausreichen werden entweder des Deutschen mächtige Familienmitglieder bzw. Dolmetscherdienste eingeschaltet. Die andere Hälfte der beteiligten Einrichtungen kann nicht durchgängig sicherstellen, dass Sprachprobleme verringert werden können, hat aber teilweise auch gar keine Bewohner/innen mit Migrationshintergrund unter ihren derzeitigen Pflegebedürftigen.

Thematisiert wird in diesem Zusammenhang sowohl von APH als auch von anderen Trägern, dass Demenz bei Menschen mit Migrationshintergrund zu zusätzlichen Problemen des „Erreichen-Könnens“ führt:

Sehr viele Menschen, die in (teil-)stationären Einrichtungen der Altenpflege leben, befinden sich Demenzprozessen. Hier wird die sprachliche Verständigung irgendwann immer ein Problem bzw. nicht mehr möglich sein. Dies gilt für alle Menschen in Demenzprozessen! Die Heimatsprache zu hören, kann aber für die Bewohner/innen mit Migrationshintergrund von Bedeutung sein, weil sie ein angenehmes, heimatliches Gefühl erzeugt. Daher sprechen die entsprechenden Mitarbeiter/innen die Bewohne/innen in ihrer Heimatsprache an.

b) in Bezug auf das Angebot von Nahrungsmitteln?

APH: Es gibt inzwischen einen Ernährungsstandard, der sich auf das Anbieten von Nahrungsmitteln für Menschen bezieht, die sich entsprechend islamischen Religionsvorschriften ernähren wollen.

Mit dem Nahrungsangebot wird aber individuell umgegangen, damit die Bewohner/innen sich nach ihren individuellen Wünschen - diese sind teilweise nicht religionskonform - ernähren dürfen/können.

Ergebnis der Umfrage unter den freien und privaten Trägern von Pflegeeinrichtungen: fast alle beteiligten Einrichtungen sind auf die Erfüllung von speziellen Essenswünschen eingestellt und sehen keine Probleme bzw. größeren Aufwand in der Realisierung, da die Einrichtungen grundsätzlich ein differenziertes Mahlzeitenangebot zur Auswahl stellen und individuelle Wünsche (Fleisch- und Wurstangebot z.B.) berücksichtigen. Wichtig ist allerdings, dass spezielle Wünsche auch von den Pflegebedürftigen selbst bzw. von den Angehörigen thematisiert werden.

c) in Bezug auf soziale Angebote und die Möglichkeit der Ausübung religiöser Gebräuche?

APH: Wenn die Bewohner es wünschen, erhalten sie Besuche eines Imam und können selbstverständlich ihre religiösen Gebräuche pflegen. Sie werden dabei auch pflegerisch unterstützt. In Bezug auf soziale Angebote wird auf die persönlichen Wünsche Rücksicht genommen, z.B. bestimmte Musik-CD. Hier unterstützen die Angehörigen und die Pflegekräfte mit einem ähnlichen Migrationshintergrund.

Ergebnis der Umfrage unter den freien und privaten Trägern von Pflegeeinrichtungen: ein Teil der beteiligten Pflegeeinrichtungen bezieht fremde Kulturen in der Veranstaltungsplanung des Sozialen Dienstes mit ein, z.B. Einladung von Gesangsgruppen aus anderen Kulturkreisen. Ferner wird in einigen Einrichtungen besonderer Wert auf das Kennen-Lernen der Bewohner/innen untereinander im Rahmen von Gruppenangeboten gelegt mit dem Ziel damit u.a. zur sozialen Integration der Bewohner/innen mit Migrationshintergrund beizutragen. Der kulturelle Hintergrund wird ferner durch Empfangsmöglichkeiten von Fernsehprogrammen aus dem jeweiligen Kulturkreis berücksichtigt.

I.d.R. finden in den Einrichtungen religiöse Angebote unterschiedlicher Konfessionen statt; eine Einrichtung ermöglicht z.B. das getrennte Beten von Männern und Frauen. Kontakte der Pflegeeinrichtungen zu Imamen und Rabbinern werden im Einzelfall hergestellt, wenn Bewohner/innen dies wünschen; teilweise gehen diese von den Glaubensgemeinschaften selbst aus, die den Kontakt beim Wechsel ihrer Mitglieder in die Pflegeeinrichtung suchen. Generell

bieten die Einrichtungen ihre Hilfe bei der Ausübung religiöser Gebräuche und Wünsche nach religiöser Sterbebegleitung an.

d) in Bezug auf das Bedürfnis (ausschließlich) von Menschen gleichen Geschlechts gepflegt zu werden?

APH: Grundsätzlich gilt es für alle Bewohner/innen, dass auf derartige Wünsche Rücksicht genommen wird. In Ausnahmefällen (extreme Personalsituation) wird mit den betroffenen Bewohner/innen verhandelt. Gegen ihren/ seinen Willen wird kein/e Bewohner/in von gegengeschlechtlichen Personen gepflegt.

Ergebnis der Umfrage unter den freien und privaten Trägern von Pflegeeinrichtungen: die Hälfte der beteiligten Einrichtungen sieht keine Probleme der Sicherstellung einer gleichgeschlechtlichen Pflege – unabhängig davon, ob ein Migrationshintergrund besteht oder nicht. Die andere Hälfte der beteiligten Einrichtungen kann dies nicht sicherstellen, z.B. kleinere Einrichtungen mit ausschließlich weiblicher Belegschaft; hier wird im Einzelfall ggf. für bestimmte Handlungen die Mithilfe von Familienangehörigen erfragt.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass sich die APH und zumindest auch ein Teil der freien und privaten Träger seit einigen Jahren mit der kultursensiblen Pflege beschäftigen. APH hat z.B. ein Konzept: „Kultursensible Pflege“ schon vor Jahren verabschiedet, einige Einrichtungen haben ihre Mitarbeiter/innen entsprechend fortgebildet.

Einige Einrichtungen machen geltend, dass sie aufgrund ihres räumlichen Umfeldes wenig Nachfrage von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund haben und deshalb hier bislang keinen besonderen Schwerpunkt in ihrer Arbeit gesetzt haben (Stadtteile mit geringem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund).

Zudem ist davon auszugehen, dass bislang immer noch mehrheitlich auch bei Familien mit Migrationshintergrund die Pflege ohne professionelle Unterstützung allein durch Angehörige erfolgt. Insofern ist zurzeit insbesondere von Bedeutung, adäquate Informationsarbeit für ältere Migranten/innen und ihre Familien zu leisten, um auf bestehende Unterstützungsangebote im häuslichen Bereich aufmerksam zu machen und deren Inanspruchnahme zu fördern.

4. Ist der Verwaltung bekannt, inwieweit mobile Pflegedienste auf einen Einsatz bei Familien mit Migrationshintergrund eingerichtet sind?

Zur Beantwortung dieser Frage wurden alle Träger von ambulanten Pflegeeinrichtungen in Wuppertal befragt. Von diesen antworteten rd. 12% aller Einrichtungen (7 Einrichtungen).

Die meisten der beteiligten Pflegedienste versorgen Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund, ohne besondere Voraussetzungen geschaffen zu haben und lösen auftretende Probleme im Einzelfall. Einige der beteiligten Pflegedienste haben sich jedoch speziell auf Einsätze bei Familien mit Migrationshintergrund hin eingerichtet, indem sie Dolmetscher in ihre Arbeit einbeziehen, ihr Personal im Hinblick auf kultursensible Anforderungen fortgebildet haben, muttersprachliches Personal einsetzen und die Anforderungen an gleichgeschlechtliche Pflege berücksichtigen.

5. Gibt es in Wuppertal Pflegedienste, die sich auf die Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund spezialisiert haben?

Ja, es gibt in Wuppertal mindestens 4 ambulante Pflegedienste, die sich speziell auf die Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund spezialisiert haben. Dabei stehen insbesondere Pflegebedürftige aus dem osteuropäischen Raum im Zentrum.

6. Inwieweit werden ältere Menschen mit Migrationshintergrund durch die städtische Pflege- und Wohnberatung berücksichtigt? Gibt es z.B. mehrsprachige Broschüren oder werden Beratungsgespräche z.B. in türkischer Sprache angeboten?

Sowohl die Wohn- als auch die Pflegeberatung beraten Menschen mit Migrationshintergrund, wenn diese Kontakt zu den beiden Beratungsstellen aufnehmen (Komm-Struktur). Bei den Beratungsgesprächen begleiten dann bei Bedarf oftmals jüngere Familienangehörige mit guten Sprachkompetenzen die älteren Ratsuchenden, um Sprachprobleme zu überwinden.

In der Pflegeberatung liegen Broschüren in anderen Sprachen vor, z.B. englisch, polnisch, russisch, serbokroatisch, türkisch. Die Wohnberatung kann auf keine anderssprachigen Broschüren zurück greifen.

Die beiden Beratungsstellen werden durch Menschen mit Migrationshintergrund aufgesucht, vertreten waren bisher Ratsuchende aus folgenden Herkunftsländern: div. afrikanische Staaten, England, Iran, Israel, Italien, Polen, Russland/ Staaten der ehemaligen russ. Konföderation, Spanien, Skandinavien, Türkei, USA/ Kanada. Der Schwerpunkt lag bei beiden Beratungsstellen insbesondere bei Ratsuchenden aus Russland/ Staaten der ehemaligen russ. Konföderation, Polen und der Türkei. Der Anteil der Ratsuchenden mit Migrationshintergrund an allen Ratsuchenden lag zuletzt pro Jahr schätzungsweise bei 10% (Pflegeberatung) bzw. 30% (Wohnberatung).

7. Was unternimmt die Stadt Wuppertal, um dem zu erwartenden steigenden Bedarf an Pflegeangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund gerecht zu werden?

Bereits 2004 wurde mit einer gemeinsam mit den Städten Remscheid und Solingen organisierten Fachtagung „Migration und Lebensalter – Ältere Migranten im Bergischen Städtedreieck“ ein Dialog mit den Trägern von Pflegeeinrichtungen über die Notwendigkeiten der Weiterentwicklung der vorhandenen Versorgungsangebote geführt.

In der Beratung von Trägern zur Etablierung neuer Pflegeangebote bzw. zur Weiterentwicklung vorhandener Angebote wird auf besondere Anforderungen für Pflegebedürftige mit Migrationshintergrund eingegangen (Tagespflege und stationäre Pflege).

Wie oben bereits angemerkt, ist das Ressort Soziales derzeit insbesondere im Bereich der verbesserten Information von Menschen mit Migrationshintergrund über bestehende Altenhilfeangebote tätig (Informationsreihe „Älter werden in Deutschland“, Broschüre „Haushaltsnahe Dienstleistungen“). Hier gilt es insbesondere die Angehörigen zu erreichen, die bislang zu Hause die Pflegearbeit ohne professionelle Unterstützung erledigen.

Darüber hinaus wurde in 2010 im Rahmen eines gemeinsamen Modellprojekts mit den Städten Remscheid und Solingen sowie dem Kreis Mettmann (gefördert vom Land NRW) ein Curriculum zur Qualifizierung von Führungskräften und Mitarbeitern/innen haushaltsnaher Dienstleistungsunternehmen erarbeitet, das auch einen Schulungsblock zur kultursensiblen Durchführung haushaltsnaher

Dienstleistungen enthält. Es wurden seit 2010 bereits 4 Schulungsreihen durchgeführt, an denen auch Wuppertaler Dienstleister teilnahmen. Ferner wurde ein Handlungsleitfaden für Dienstleister und Existenzgründer erstellt mit Empfehlungen zur Etablierung von Angeboten für ältere Menschen mit Migrationshintergrund, der demnächst veröffentlicht werden soll.

Der Focus der städtischen Aktivitäten liegt derzeit noch bewusst im vorpflegerischen Bereich, da auch die Mehrheit der Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund durch Angehörige in der Häuslichkeit betreut wird und dies in vielen Fällen auch ausdrücklicher Wunsch ist. Hier gilt es Zugang auf ergänzende Unterstützung zu schaffen und damit auch vermehrt Pflegeeinrichtungen für diese Zielgruppe zu interessieren.

8. Es sind bereits eine Vielzahl von MigrantInnen in Pflegeberufen tätig. Wie wird dieses Potenzial für die Pflege von älteren MigrantInnen genutzt? Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, Pflegeberufe generell attraktiver zu machen?

APH: Das Potential wird bei den APH in hohem Maße genutzt, siehe oben.

Die APH unterstützen junge Menschen, die sich für den Pflegeberuf interessieren.

So werden oft Praktikantinnen aus berufsbildenden Schulen angenommen und für den Pflegeberuf motiviert, ebenso Aushilfen, die geeignet erscheinen. Auch sind die APH ein Ausbildungsbetrieb. Diese Unterstützung ist unabhängig von Geschlecht und Herkunft.

Ergebnis der Umfrage unter den freien und privaten Trägern von Pflegeeinrichtungen:

Zur Nutzung des Potentials von Migranten/innen in der Pflege: siehe auch oben.

Betont wird von einigen Einrichtungen die positive Wirkung von multikulturellen Teams (Von-Einander-Lernen) sowie das Zur-Verfügung-Stellen von Ausbildungsplätzen für Menschen mit Migrationshintergrund.

Beteiligte Einrichtungsträger halten es bzgl. der Attraktivität des Pflegeberufes für wichtig, Pflegeberufe insbesondere für Frauen interessanter zu machen, indem die Kinderbetreuung verbessert und an die nicht vermeidbaren Schichtdienste angepasst wird. Ferner wird eine der zu erbringenden Leistung entsprechende Entlohnung angemahnt, um ausgebildete Kräfte in der Pflege zu halten.

Zur Verbesserung der Attraktivität von Pflegeberufen sind aus Sicht der Stadt Wuppertal verschiedene Maßnahmen denkbar, einige andere Städte haben hier bereits Erfahrungen gesammelt (z.B. Imagekampagnen, Fachtagungen zum Mangel an Pflegekräften). Das Ressort Soziales hat im Rahmen der im Frühjahr mit der Gleichstellungsstelle durchgeführten Fachtagung zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf insbesondere auf die notwendige Weiterentwicklung von Arbeitsorganisation und flankierenden Angeboten für pflegende Angehörige, die selbst professionell pflegen hingewiesen.

9. Gibt es Initiativen für eine interkulturelle Hospizarbeit in Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen, um schwerst kranken MigrantInnen sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich eine Betreuung zuteil werden zu lassen, die ihren kulturellen und religiösen Hintergrund berücksichtigt?

APH: Eine diesbezüglich Initiative bei den APH gibt es – wegen der geringen Fallzahlen- derzeit nicht. In den Einzelfällen wird aber auf das Angebot der zuständigen Imame zurückgegriffen, ebenso auf die Wünsche aller Beteiligten und die Sterbebegleitung entsprechend den Wünschen und Vorstellungen gestaltet.

Ergebnis der Umfrage unter den freien und privaten Trägern von Pflegeeinrichtungen:

Es besteht im Einzelfall eine Zusammenarbeit mit den ambulanten Hospizdiensten bzw. dem stationären Hospiz, teilweise unter Einbeziehung des Imam.

Dem Sprecherrat der Wuppertaler Moscheen ist eine solche Initiative zur interkulturellen Hospizarbeit nicht bekannt; wohl gibt es aber im Einzelfall eine sehr aktive Zusammenarbeit zwischen Betreuungseinrichtungen und Moscheevereinen.

Demografie-Check

a) Ergebnis des Demografie-Checks

Ziel 1 – Stadtstrukturen anpassen	+
Ziel 2 – Wanderungsbilanz verbessern	0
Ziel 3 – gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen	+

b) Erläuterungen zum Demografie-Check

Zur demographiegerechten Anpassung der Stadtstrukturen gehört eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik, u.a. die Maßnahme der Fortsetzung der Informationsreihe von älteren Migranten/innen über das Altenhilfesystem zur Schaffung von Zugang auf Angebote, ein Alten- und Pflegeplan zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der vorhandenen Angebote sowie die Stärkung der Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen. Darüber wird auch gesellschaftliche Teilhabe an Versorgungsstrukturen ermöglicht.